

unsere junge stadt **georgsmarienhütte** im gespräch

Nr. 10

11 / 1975

Herausgeber:
SPD – Ortsverein Georgsmarienhütte
Verantwortlich:
W. Beckmann, Osningstraße 13,
und K. Kraegeloh, Im Siek 20

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Auflage: 9000

Druck:

R. Lamkemeyer, Georgsmarienhütte

1,50 DM hätten gereicht! Wasserpreis drastisch erhöht

Streitobjekt der vorletzten Ratssitzung: der Preis für Frischwasser. Für die SPD-Fraktion begründete Vorsitzender Stahlmann die einhellige Meinung, eine Anhebung von 1,20 auf 1,50 DM pro Kubikmeter Frischwasser müsse ausreichend sein. Die CDU nannte diese Haltung unrealistisch, ja sogar als billige Wahlkampfmasche. Sie legte die Argumente der SPD samt und sonders vom Tisch und setzte mit 18 Stimmen gegen 16 der SPD eine Preisanhebung um nahezu 60% auf 1,70 DM pro cbm durch.

Grundlage der so kontrovers geführten Diskussion war ein von der Verwaltung errechneter Selbstkostenpreis von 1,75 DM. Die volle Höhe wollte die CDU dem Bürger auch nicht zumuten.

zu kam die Ankündigung von Initiativen zwecks Milderung auftretender sozialer Härten.

Selbstverständlich muß die SPD in ihrer Beurteilung auch von der Verwaltungsvorlage ausgehen. Wenn die darin enthaltenen Zahlen auch nicht angezweifelt wurden, so führten sie doch zu einer offensichtlich anderen Wertung. Die Höhe bestimmter schematisch eingesetzter Beträge bildete

dazu die Grundlage. Die SPD ist der Auffassung, daß die in diesen Positionen aufgeführten Kosten gestreckt werden können. Sie ist auch der Meinung, daß der eingeschlagene Weg der rigorosen Preiserhöhung zu einfach gewählt ist. Wo bleibt die Untersuchung nach Einsparungsmöglichkeiten? Kein Wort fiel davon in dieser Sitzung.

Schließlich müssen auch die angekündigten Nachlässe für sogenannte soziale Härtefälle differenzierter gesehen werden. Wem wird eigentlich bisher Nachlaß gewährt? Die Stadt zahlt im Augenblick an Haushalte mit mehr als zwei Kindern unter 15 Jahren einen Zuschuß von jährlich 12 DM für das dritte und jedes weitere Kind. Das Einkommen spielt bei der Zumessung überhaupt keine Rolle. Wir sind gespannt, wie die CDU in der Zukunft sogenannte „soziale Härtefälle“ einstuft wird. Die SPD wird auf jeden Fall dieses Problem neu zur Diskussion stellen.

Wir meinen auch heute noch: eine Erhöhung des Wasserpreises auf 1,50 DM pro cbm ist durchaus nicht unrealistisch!

INHALT

Seite

Ein Nachtrag zum Nachtrag	2
Handbuch für Verbraucher	2
Veränderungen in der Fraktion	3
Lohnsteuerfibel	3
Blei liegt in der Luft	3
Dr. Alfred Emmerlich: Berufsausbildung im Gespräch	4
Bund der Steuerzahler	5
Offenbach - Deutscher Meister	5
Kreuzworträtsel	5
Hans Kaiser: Kraftakt ohne Erfolg	6
Weltmeister D-Mark	6
Mehr Mitwirkungsrechte für Bürger	6

Neue Busverbindung des Kraftverkehrs Osnabrück-Süd

Mit Beginn des Winterfahrplans 75/76 ab 28. 9. 75 hat der Kraftverkehr Osnabrück-Süd an Werktagen eine neue Busverbindung von Oesede, Dröper, nach Osnabrück eingerichtet. Sie kehrt nach folgendem Fahrplan:

Dröper, Tobergte	ab 9.20 Uhr
Dröper, Heuer	ab 9.25 Uhr
Gildehaus	ab 9.30 Uhr
Osnabrück, Hbf	an 9.45 Uhr

Ein Nachtrag zum Nachtrag

Zum zweitenmal in diesem Jahr mußte der Rat dieser Stadt einen Nachtrag zum Haushaltsplan beraten und beschließen. Die Kosten für die Verwaltung städtischer Einrichtungen erhöhten sich um rd. 1,3 Mio DM. Die bereits beschlossenen Investitionen in etwa der gleichen Höhe zwangen auch zu einer Korrektur des Vermögenshaushaltes. Insgesamt klettert damit die Ausgabensumme auf über 53 Millionen DM.

Vergleichszahlen
über die Entwicklung:

Haushalts- Soll in Mio	Verwaltg.-	Haushalt Vermög.-	Haushalt insgesamt
1972	21,8	10,3	32,1 DM
1973	30,0	15,9	45,9 DM
1974	29,2	20,6	49,8 DM
1975	32,8	20,6	53,4 DM

Diese Zahlen spiegeln auf der einen Seite die Rasanz wider, in der sich die junge Stadt Georgsmarienhütte entwickelte. Von Jahr zu Jahr stärker verdeutlichen sie aber auch die hohe Brisanz. In diesem Jahr ist in mehrfacher Hinsicht ein Höhepunkt erreicht worden. Erstmals konnte der Verwaltungshaushalt zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht mehr ausgeglichen werden! Als Zuführungsbetrag zum Vermögenshaushalt (Investitionsrate) steht nur noch der gesetzlich bestimmte Mindestbetrag zu Buche. Im Klartext heißt das: Wir sind in diesem Jahr gerade noch in der Lage, mit eigenem Geld den Schuldendienst für aufgenommene Darlehen zu tragen (rd. 3 Mio DM jährlich!) und das erforderliche Kapital für bereits beschlossene Maßnahmen zu beschaffen. Das heißt aber auch: Jeder in diesem Jahr investierte Betrag mußte auf dem Ka-

pitalmarkt beschafft werden! Die Darlehnaufnahme erhöht sich von den ursprünglich vorgesehenen 6,8 Mio auf nunmehr rd. 10 Mio DM. Ein Fünftel jeder ausgegebenen Mark war also gepumptes Geld.

Die Gesamtverschuldung nähert sich der 50-Mio-Summe und bedeutet, daß auf dem Kopf eines jeden Bürgers dieser jungen Stadt eine Schuldsumme von über 1650 DM lastet.

Mit „Hoppla – jetzt kommt Georgsmarienhütte“ dürfte es vorläufig vorbei sein. Appelle zur Sparsamkeit – in der Vergangenheit ohne Reaktion – sind jetzt nicht mehr nötig. Die Haushaltslage zwingt zum Sparen. Wir sind gespannt, in welchem Bereich der Mut aufgebracht wird, die laufenden Kosten und die freiwilligen Leistungen

zu reduzieren; denn nur so ist die Stadt in der Lage, weitere Investitionen zu tätigen. Und nur so kann die Stadt einen Beitrag zur Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze leisten.

Handbuch für Verbraucher

Ein „Handbuch des Verbraucherrechts“ erscheint im kommenden Frühjahr. Es wird von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und vom Deutschen Gewerkschaftsbund gemeinsam herausgegeben. Der Verbraucher soll daraus entnehmen können, welche Rechte er zur Vertretung seiner Interessen besitzt.

„Tja,
mein
Lieber,
Sie haben
die ganzen
Jahre
über Ihre
Verhältnisse
gelebt!“



Veränderungen in der Fraktion

Nachdem bereits vor längerer Zeit Harry Brunsmann aus der Fraktion ausschied, gab es nun durch den Weggang von Günter Liebelt (nach Bad Iburg verzogen) und durch Hans Szyplski (berufliche Weiterbildung) weitere Veränderungen innerhalb der SPD-Fraktion der Stadt Georgsmarienhütte.

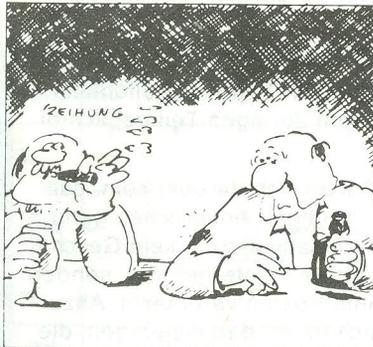
Für die Ausgeschiedenen rückten nach: Gustav Schliek – früher Walzer bei den Klöckner-Werken und lange Jahre im Rat von Oesede tätig gewesen – und Rainer Korte, diplomierter Soziologe und bekannt aus der Zeit aktiver politischer Tätigkeit als Vorsitzender der Jungsozialisten. Den durch den Weggang von H. Szyplski vakanten Vorsitz im Gesundheits- und Sozialausschuß übernahm Klaus Kraegeloh.

In dieser Ausgabe finden Sie Beiträge von

Wilhelm Beckmann
Dr. Alfred Emmerlich
Hans Kaiser
Klaus Kraegeloh

Ohnsteuerfibel

Das Bundesfinanzministerium hat die Lohnsteuerfibel 1976 herausgegeben, die von den Gemeindeverwaltungen zusammen mit den Lohnsteuerkarten für das nächste Jahr verschickt wird. Inhalt: die wichtigsten Veränderungen nach der Steuerreform von A wie „Altersfreibetrag“ bis Z wie „zuständiges Finanzamt“.



Blei liegt in der Luft

Jährlich werden in der Bundesrepublik 10 000 Tonnen Blei in die Luft gepustet. Aus Automotoren. Blei (oder richtiger: Bleitetra-Äthyl) wird dem Benzin beigemischt, damit die Motoren klopfest sind.

Aber Blei ist giftig. Hochgiftig sogar. Dabei ein Fachmann, ein amerikanischer Chemiker: „Bleitetra-Äthyl in Reinform ist tödliches Gift. Tropfen Sie etwas davon auf die Haut, und Sie sterben. Es ist ein scheußlicher Tod. Denn nach zwei oder drei Tagen gelangt das Zeug ins menschliche Gehirn, und dann ist die Krankheit mit Tollwut vergleichbar.“

In der Bundesrepublik wird jetzt etwas getan gegen das Bleigift in der Luft: Ab 1. Januar darf ein Liter Benzin nur noch 0,15 Gramm Blei enthalten. Gegenwärtig hat jeder Liter noch 0,40 Gramm.

Zunächst gab es gegen das Gesetz viele Proteste. Automobilhersteller und Ölkonzerne behaupteten, wenn weniger Blei im Benzin sei, gingen die Autos kaputt.

Als die Konzerne gemerkt hatten, daß sie mit ihrem Protest nicht durchkamen, und als ihre eigenen Versuchsabteilungen die Ergebnisse der unabhängigen Wissenschaftler bestätigten, gaben sie nach. Heute ist man einer Meinung: **Das neue Benzin, das es ab 1. Januar gibt, ist für die Motoren in keiner Weise schädlich.**

Dr. Alfred Emmerlich:

Berufsausbildung im Gespräch

Gelegentlich muß man leider feststellen, daß die politische Diskussion weniger der Klärung zu dienen scheint als der Vernebelung. Diese Verschleierungstaktik erleben wir gegenwärtig bei den Erörterungen über die berufliche Bildung.

Unbestreitbare Tatsachen sind folgende:

1. Die Berufsausbildungsplätze sind im wesentlichen in den Händen der Unternehmen. Die Unternehmer kämpfen mit Zähnen und Klauen darum, daß dies so bleibt.
2. Die Unternehmer sind nicht in der Lage, für alle Schulabgänger einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.
3. Das im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip wird verletzt, wenn nicht jeder Schulabgänger einen Ausbildungsplatz erhält.
4. Dieser Ausbildungsplatz muß so beschaffen sein, daß er dem jungen Menschen die Fertigkeiten und Fähigkeiten vermittelt, die er benötigt, um während der gesamten Dauer seines Berufslebens den auf ihn zukommenden Anforderungen gerecht werden zu können.
5. Niemand kann bezweifeln, daß noch immer ein erheblicher Teil der vorhandenen Ausbildungsplätze den qualitativen Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen, nicht genügt.

Die vorhandenen Schwierigkeiten verführen manchen dazu, „Schwarzer Peter“ zu spielen. Die einen sagen, die Anforderungen an Ausbilder und

Ausbildungsplätze werden so übersteigert, daß es uns aus diesem Grunde nicht möglich ist, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Andere behaupten, die Zahl der Ausbildungsplätze sei bewußt herabgesetzt worden, um die Reform der beruflichen Bildung zu torpedieren.

Ich meine, daß die „Schwarze-Peter“-Spieler die Wahrheit nicht, allenfalls nur zu einem geringen Teil gepachtet haben.

Klar muß man sich darüber sein, daß eine den heutigen Ansprüchen genügende Berufsausbildung kein Geschäft mehr ist für den Unternehmer, sondern daß sie ihm Kosten verursacht. Allzu menschlich ist es, daß diejenigen, die auch an den Auszubildenden verdient haben und nach wie vor verdienen wollen, nunmehr zeter und mordio schreien und von überspitzten Anforderungen reden. Menschlich verständlich ist es auch, wenn diejenigen, die jahrelang als Ausbilder tätig waren, murren, wenn sie ihre Ausbildungsqualifikation nunmehr unter Beweis stellen und selbst wieder die Schulbank drücken müssen.

Es trifft zu, Unternehmer haben die Tatsache der fehlenden Ausbildungsplätze zum Anlaß genommen, die Regierung unter Druck zu setzen, um eine Änderung des Berufsausbildungsgesetzentwurfes in ihrem Sinne zu erreichen. Andererseits darf man den Unternehmern insgesamt nicht so viel Kurzsichtigkeit und so wenig Einsicht in ihre eigenen wohlverstandenen Interessen unterstellen, daß sie die Not-

wendigkeit einer Reform ignorieren und eine Wende zum Besseren verhindern wollen. Natürlich möchten sie die Kosten der beruflichen Bildung, soweit es geht, von sich auf die Allgemeinheit abwälzen. Dafür treten besonders vehement die Unternehmer ein, die die Last der Berufsausbildung bisher den anderen, nämlich einer Minderheit von 16%, überlassen haben. Denn sie wissen genau, wenn es nicht gelingt, die Allgemeinheit zur Kasse zu bitten, dann sind sie es, die die Finanzierung der beruflichen Bildung mitübernehmen müssen und die nicht länger damit durchgelassen werden, daß sie nur den Nutzen der beruflichen Bildung haben, eine Minderheit dagegen ihre Lasten tragen soll.

Die Bundesregierung hat das neue Berufsbildungsgesetz auf den Weg gebracht. Der gegen dieses Gesetz vielerorts laut werdende Widerstand kann niemanden darüber täuschen, daß hinter diesem Widerstand vielfach handfeste Eigeninteressen stehen und daß realistische Alternativen weder von der Opposition noch von den Interessenverbänden aufgezeigt werden.

Am Beispiel der beruflichen Bildung sehen Sie, liebe Leser, wie leicht und wie schwer zugleich es in der Politik ist. Leicht machen es sich die, die die Probleme und damit ihre eigenen Interessen vernebeln. Schwer ist es für die, die im Interesse unserer Kinder bemüht sind, alle für die Berufsbildung Verantwortlichen – einschließlich der Unternehmer – dazu zu bringen, an einem Strang zu ziehen.

Für wen spricht der Bund der Steuerzahler?

Immer wieder hört man im Radio, liest man in der Zeitung vom „Bund der Steuerzahler“. Vor einiger Zeit fragte eine Rundfunkreporterin Straßenpassanten, wen der Verband eigentlich vertritt. Die meisten waren sehr erstaunt über die Frage. Die Antwort lautete fast ausnahmslos: „... der vertritt natürlich die Steuerzahler.“

Stimmt das?

Zunächst einmal: rund 30 Millionen Menschen in der Bundesrepublik zahlen Steuern. Die meisten von ihnen sind Lohnsteuerzahler. Aber der Verband hat nur etwa 250 000 Mitglieder. Das ist weniger als ein Prozent aller Steuerzahler. Und im Bund der Steuerzahler sind so gut wie keine Lohnsteuerzahler vertreten.

Unter den Mitgliedern sind kaum Angestellte und Arbeiter, vor allem gut verdienende Berufe zahlen Beiträge ebenso wie Unternehmer aller Schattierungen.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn sich reiche Steuerzahler organisieren, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Nur sollte von den anderen Steuerzahlern niemand auf die Idee kommen, der Bund der Steuerzahler verträte ihre Interessen. Der segelt unter falscher Flagge ...

Zwei Milliarden

Rund zwei Milliarden DM sind in diesem Jahr für niedersächsische Lehrer ausgegeben worden. Das sind 75 % des gesamten Etats des Kultusministeriums, etwa 30 % der Personalausgaben des gesamten Landeshaushaltes und etwa 12,5 % der Gesamtausgaben des Landeshaushaltes. Ein Lehrer kostet pro Jahr zwischen 40 000 und 45 000 DM Gehalt.

Offenbach — Deutscher Meister

Mit weitem Abstand führt Offenbach am Main die Liste der Städte mit den höchsten Schulden je Einwohner an. Pro Kopf der 120 000 Einwohner liegt die Verschuldung dreimal höher als im Durchschnitt aller deutschen Städte (1359 Mark) mit mehr als 20 000 Einwohnern. Als Grund dafür nennen die Stadtväter Investitionen im Straßenbau

und der Stadtentwässerung. Die zunehmende Verschuldung aller Städte in den vergangenen Jahren hat ernste Folgen. Im „Städtetag“, einer vom Präsidium des Deutschen Städtetages herausgegebenen Zeitschrift, wird gewarnt, daß die überproportional ansteigenden Ausgaben für Zinsen und Schuldentilgung die städtischen Haushalte immer stärker belasten und „damit das realisierbare Maß kommunaler Aufgabenerfüllung besorgniserregend beschränken“.

Export	einzigste Ausfertigung	Seenotzeichen	früh. europ. Union/ Abk.	Kontoseite	ital. Ordensbruder/ Kurzzw.	german. Götter	Stammeszeichen	Radrennfahrer
					Abzug b. Barzahlung			
Bedrängnis			Fluß durch Münster		histor. span. Flotte	Situation	Fluß zur Rhone	weibl. Vorname
			Blume	Kreditaufnahme				
Stadt am Arno	Zeichen f. Germanium	Skat ausdruck		griech. Buchstabe	Singvogel			
Diplomlandwirt					best. Artikel	Tiroler Grenzort		
		Bildteppich	Insektenlarve			Höcker-tier	Farbe	
Kriemhilds Mutter	hamstern	Geschwätz				Fruchtinnes		
			Flachland	fertiggekocht		Tageszeit	weibl. Vorname	norweg. Dichter
Staat der USA	griech. Buchstabe				Ansprache	ital. Geigenbauer		
				einfarbig	russ. Währung			Fluß zur Rhone
Drang	Menschen					bibl. Prophet		
					Normenzeichen		Abk. f. Compagnie	
Überschuß		Rest im Glas				nicht dick		

Kraftakt ohne Erfolg

CDU demonstrierte zweifelhaftes Demokratieverständnis

Am 16. Mai wollte es die CDU-Opposition im Niedersächsischen Landtag wissen: da Sozialminister Helmut Greulich schwer erkrankt war, verfügte die SPD/FDP-Koalition wie die Opposition nur über 77 Sitze. Bei Stimmengleichheit wurde die Novelle zum Nds. Schulgesetz abgelehnt, die Schlußabstimmung über den Haushalt 1975 mußte durch Ministerpräsident Alfred Kubel unter Anwendung von Artikel 33 der Nds. Verfassung ausgesetzt werden.

Die CDU nutzte die schwere Krankheit eines SPD-Abgeordneten aus, holte einen eigenen Abgeordneten aus der Kur, um Stärke zu demonstrieren. Was hat sie erreicht? Die Verabschiedung des 16,2-Milliarden-Haushalts wurde verzögert und damit u. a. der Einsatz von Mitteln zur Behebung der zur Zeit schwachen Wirtschaftskonjunktur. Ein bislang hart von der CDU attackiertes Gesetz der SPD, das seit dem 1. 8. 1974 geltende Nds. Schulgesetz, blieb in Kraft, die Novelle wurde abgelehnt. Schon rund vier Wochen später, am 18. und 19. Juni, war Helmut Greulich so weit genesen, daß er an der Landtagssitzung teilnehmen konnte; die Mehrheit war gesichert, Haushaltsplan und Schulgesetznovelle wurden verabschiedet. Die CDU-Opposition blockierte bzw. verzögerte durch ihr Verhalten eine Politik, die der Wähler durch seine Entscheidung am 9. Juni 1974 gewollt hat. Die Krankheit eines Abgeordneten wurde zum Anlaß genommen, der Regierungskoalition unvertegbare Zugeständnisse abzurufen. CDU-Fraktionsvorsitzender Hasselmann machte unmißverständlich deutlich, worauf es

ihm ankam: wäre die FDP mit der CDU eine Koalition eingegangen, hätte es eine breite Mehrheit gegeben, die auch durch Krankheit einzelner Abgeordneter nie gefährdet gewesen wäre. Welch ein Verständnis von parlamentarischer Demokratie! Koalitionen im Parlament müssen sich doch wohl auf ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit in der politischen Zielsetzung gründen, wenn sie dem Willen des Wählers gerecht werden wollen. Die Frage, ob eine Mehrheit groß oder knapp ist, hat nur zweitrangige Bedeutung. Eine Vereinbarung, die Zufallsmehrheiten verhindern und auf den Gesundheitszustand von Abgeordneten aus menschlichen Erwägungen Rücksicht nehmen würde, scheiterte bislang am Widerstand der Opposition, und das, obwohl die CDU in Schleswig-Holstein vor dem gleichen Problem steht: dort verfügt sie, wie SPD und FDP zusammen in Niedersachsen, über eine Mehrheit von einer Stimme!

Hans Kaiser

Keine Währung der Welt ist so stabil und abgesichert wie die D-Mark. Wie unser Schaubild zeigt, sind die Währungsreserven des Giganten USA nur etwa halb so hoch wie die der Bundesrepublik. Japan erreicht noch nicht einmal diese Grenze, hinter der alle anderen Länder im internationalen Vergleich weit zurückbleiben. An letzter Stelle liegen Dänemark, Finnland, Griechenland und Neuseeland, die alle über weniger als tausend Millionen Dollar Währungsreserven verfügen.

Mehr Mitwirkungsrechte für Bürger

Die Bürger Niedersachsens erhalten größere kommunalpolitische Mitwirkungsmöglichkeiten. Das Landeskabinett hat einen Gesetzentwurf gebilligt, der entsprechend den Forderungen der FDP das Bürgerbegehren in der Kommunalverfassung verankert. Der Entwurf wird dem Landtag vorgelegt. Die Neuregelung sieht vor, daß die Bürger einer Gemeinde ihr Rathausparlament zur Entscheidung bestimmter Probleme zwingen können. Der entsprechende Bürgerantrag muß von einer festgelegten Zahl von Bürgern unterstützt werden. In Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern sind dafür die Unterschriften von mindestens 5%, in größeren Gemeinden von mindestens 2,5% der Einwohner, aber höchstens 8000 Unterschriften nötig.

Weltmeister D-Mark

Internationaler Vergleich der Währungsreserven/
Ende Juni 1975 / in Millionen Dollar

